

Über die Bedeutung der Befehlsverweigerung und der solidarischen Organisation

*Rede von Stefan Brackertz, engagiert um AK Zivilklausel der Uni Köln und bei der Hochschulgruppe „Wendepunkt – Sozialist*innen und weitere Aktive“ am 21.12. bei der Kundgebung gegen Kriegszwang und für Friedensverhandlungen in der Ukraine vor dem Kölner Hbf*

„Hommage den Soldaten die sich weigerten zu schießen auf die Soldaten die sich weigerten zu schießen auf die Soldaten die sich weigerten zu schießen auf die Menschen die sich weigerten zu töten die Menschen die sich weigerten zu töten die Menschen die sich weigerten zu foltern die Menschen die sich weigerten zu foltern die Menschen die sich weigerten zu denunzieren die Menschen die sich weigerten zu denunzieren die Menschen die sich weigerten zu brutalisieren die Menschen die sich weigerten zu brutalisieren die Menschen die sich weigerten zu diskriminieren die Menschen die sich weigerten zu diskriminieren die Menschen die sich weigerten auszulachen die Menschen die sich weigerten zu diskriminieren den Menschen der Solidarität und Zivilcourage zeigte als die Mehrheit schwieg und folgte...“

Das ist der Text des Deserteursdenkmal am Appellhofplatz wenige 100 Meter von hier.

Kriege sind nicht führbar, weil die Menschen kriegsbegeistert sind. Oft sieht man Bilder vom I. Weltkrieg und liest in Schul-Geschichtsbüchern, dass alle kriegsbegeistert gewesen wären. Aber das stimmt nicht, wie man inzwischen weiß. Das war nur eine ganz kleine Minderheit. Die Mehrheit hat es aber nicht geschafft, aus der Unterwerfungsspirale auszubrechen. Und als dies doch gelungen ist, wurde der Krieg auch beendet. Dies konnte gelingen weil Menschen sich solidarisch und internationalistisch organisiert haben, um die Unterwerfung insgesamt zu beenden.

Wenn wir heute dafür kämpfen, dass die Gesellschaft friedensfähig und nicht kriegstüchtig ist, heißt das, auf Internationalismus zu setzen und auf Solidarität, und sich zu organisieren gegen Versuche einer autoritären Wende, die nach dem schlechten Vorbild des Preußischen Militarismus', der Wegbereiter der Nazi-Herrschaft war, eine Einheit bildet mit dem Militarismus.

Im Sinne dieses Preußischen Militarismus' hat alt-Nazi und Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger 1968 gesagt, die Bundeswehr sei „die Schule der Nation“. Als Kanzler erwiderte Willy Brandt 1969: „Die Schule der Nation ist die Schule.“

Auch wenn Brandt Recht hat, sieht man heute so sehr wie lange nicht mehr, dass das nicht reicht, denn es ist umkämpft, was denn in der Schule geschieht: Die Bundeswehr macht sich dort zunehmend nicht nur zur Rekrutierung Minderjähriger (mehrfach gerügt von NGOs und UNO) breit, sondern auch als „Experte für politische Bildung“. – Und das bedeutet genau nicht internationalistische und kritische Bildung, sondern affirmative

Geopolitik der aktuellen Regierung, und diese Bildung ist erst recht nicht antikapitalistisch und geht gezielt nicht an die Wurzeln geopolitischer Konflikte.

Deshalb möchte ich abschließend auf eine [Tagung](#) hinweisen, die meiner Meinung nach dagegen eine hohe Bedeutung hat: Der GegenWEHR-Kongress am Samstag, 8. Februar an der Uni Köln, bei dem es darum gehen wird, was man gemeinsam der angekündigten Wehrpflicht und den Versuchen, das Bildungssystem für Militarisierung und Geopolitik indienst zu nehmen, entgegen setzt.

Besondere Bedeutung hat dabei, wer in diesem Falle „man“ ist:

Organisiert wird der Kongress gemeinsam von der Landesschüler*innenvertretung, von der jungen GEW (also vornehmlich Lehrer*innen), der Fachschaft Physik (also Studierenden) und dem Bündnis „Schule ohne Bundeswehr“ (also der Friedensbewegung). Damit werden die üblichen Rollenverteilungen im Bildungssystem durchbrochen und Lehrende, Lernende und Aktivist*innen wollen die Grundlage dafür legen, ihre Arbeitsstätte und die Welt ausgehend von der gemeinsamen Lage gemeinsam in die Hand zu nehmen. Davon brauchen wir alle mehr.